

"Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" bestimmen soll, die "von China und Myanmar gemeinsam initiiert worden sind und die sich in der internationalen Praxis so hervorragend bewährt haben". (XNA, 14.1.1996)

Vor allem beim 40. Jahrestag der "Fünf Koexistenzprinzipien" haben sich beide Seiten stolz wegen dieser Schöpfungstat auf die Brust geklopft. (C.a., Juni 1994, Ü 5) Gemeinsam ist ihnen übrigens auch ein weniger erfreuliches Erlebnis, nämlich die Verurteilung durch die gesamte westliche Welt im Zusammenhang mit ihren Massakern von 1989. -we-

*(4)

Diplomatische Rückschläge in Afrika

Die "Republik China" hat in ihrer nun schon fast 50jährigen Geschichte diplomatischen Ringens mit der VRCh zahlreiche Niederlagen erlitten, vor allem nachdem Beijing 1971 in die UNO zugelassen worden war. Andererseits gelingt es ihr aber immer wieder, diplomatische Partner "umzudrehen", wobei meist beträchtliche Geldsummen mit im Spiel sind. Bis vor kurzem unterhielt die RCh in Afrika diplomatische Beziehungen mit den Staaten Südafrika, Malawi, Swasiland, Lesotho, Liberia, Guinea-Bissau, der Zentralafrikanischen Republik und Niger.

Bei zwei Ländern Afrikas mußte China nun erneut die Grenzen seines Einflusses kennenlernen, nämlich bei Südafrika und beim Senegal. Zum einen versucht die Volksrepublik immer wieder, mit Südafrika diplomatische Beziehungen einzuleiten, wobei es im stillen hofft, daß ihr jahrzehntelanges Plädoyer für die Freilassung Nelson Mandelas sich am Ende doch noch auszahlen könnte. Bisher allerdings stößt sie bei dem lächelnden Präsidenten auf sanfte Ablehnung.

Ungeduldig geworden, beginnen mittlerweile einzelne Regionen in Südafrika vorstellig zu werden und mit dem ökonomisch so interessanten Partner doch noch ins Geschäft zu kommen, so z.B. die in Shanghai niedergelassene Firma "China Feng Pu Group", die am 18.1.1996 mit der südafrikanischen "Nordkap-Provinz" zwei Wirtschaftsabkommen abschloß, in denen mit keinem Wort auf die "Ein-China-Klausel" Beijings eingegangen wurde. (XNA, 19.1.96)

Eine noch schlimmere Enttäuschung mußte Beijing mit dem Senegal erleben, der am 3. Januar 1996 mit Taiwan diplomatische Beziehungen aufnahm. Daraufhin brach Beijing am 9. Januar seine bis auf den 7. Dezember 1971 zurückgehenden offiziellen Beziehungen zu diesem afrikanischen Staat ab. (XNA, 10.1.96) Gleichzeitig werde die Durchführung aller mit Senegal geschlossenen Abkommen eingestellt, hieß es.

Der Beschluß Beijings wurde einen Tag vor Antritt einer zweiwöchigen Afrika-Reise Qian Qichens bekanntgegeben. -we-

*(5)

Fünf-Länder-Reise des chinesischen Außenministers durch Afrika

Vom 10. bis 20. Januar 1996 reiste der chinesische Außenminister Qian Qichen nach Libyen, Tunesien, Tschad, Dschibuti und auf die Seychellen.

Wieder einmal handelte es sich hier um eine der für die chinesische Diplomatie so typischen "flächendeckenden" Missionen, die diesmal hauptsächlich in drei miteinander benachbarte Staaten in Nordafrika führten und sich darüber hinaus auf zwei Halbinseln/Inseln am westlichen Rande Afrikas konzentrierten.

Da also hauptsächlich geographische Gesichtspunkte für die Besuchsabfolge maßgebend gewesen waren, glich die Themenliste auch diesmal eher einem Gemischtwarenladen. Mit Libyen besprach Qian beispielsweise die Lockerby-Affaire und ihre Folgen. Ein Thema allerdings tauchte bei sämtlichen Besprechungen auf, nämlich das Festhalten der betreffenden Partnerstaaten an der Ein-China-Politik. Qian betonte ausdrücklich, daß Beijing nichts gegen Wirtschaftsbeziehungen der Partnerländer zu Taiwan auf "Nicht-Regierungsebene" einzuwenden habe. Auf keinen Fall aber könne Beijing eine "Zwei-China"- oder aber eine "Ein-China-, Ein-Taiwan"-Politik tolerieren. (XNA in SWB, 22.1.96) -we-

*(6)

Fortsetzung der Nukleartests?

Nachdem der französische Staatspräsident Jacques Chirac am 29. Januar im Anschluß an einen französischen Atomtest im Pazifik bekanntgegeben hatte, daß Frankreich sein Nukleartestpro-

gramm schon vier Monate vor Ablauf der eigentlich vorgesehenen Testperiode beenden wolle, war die VR China an der Reihe, sich über ihre weiteren Absichten zu erklären.

Am 30. Januar gab ein Sprecher des Außenministeriums in Beijing bekannt, daß die VRCh sich weitere Nukleartests so lange vorbehalte, bis der Vertrag zum Verbot von Kernwaffentests in Geltung getreten sei. (Kyodo in SWB, 31.1.96) -we-

*(7)

Schutz des Rechts auf geistiges Eigentum

Bei einer Pressekonferenz des Außenministeriums am 28.11.1995 antwortete ein Sprecher des Außenministeriums auf die Frage nach dem sino-amerikanischen Streit über Fragen des geistigen Eigentums: "Der Schutz des Rechts auf geistiges Eigentum ist zu einer grundlegenden Richtlinie Chinas geworden. Seit China und die USA dieses Abkommen unterzeichneten, haben wir es strikt durchgesetzt und verschiedene erfolgreiche Durchführungsmaßnahmen ergriffen. Gegen Verletzungen des Rechts auf geistiges Eigentum sind wir strikt vorgegangen.

Wir vertreten die Auffassung, daß sowohl China als auch die USA ihre Zusammenarbeit zum Schutz des geistigen Eigentums intensivieren sollten, um die tatsächliche Umsetzung dieses Abkommens zu gewährleisten. Beabsichtigte Vergeltungsmaßnahmen (von Seiten der USA) werden nicht nur die Durchsetzung des Abkommens behindern, sondern auch die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen China und den USA beeinträchtigen." (BRu, 51/1995, S. 12) -we-

Innenpolitik

*(8)

Jiang Zemin erwartet "politische Disziplin" und warnt vor "feindlichen Kräften im Westen"

KP-Generalsekretär Jiang Zemin hat auf der letzten Plenartagung des Zentralkomitees Ende September 1995 zu grundsätzlichen Fragen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Stellung bezogen. Nach der Grundsatzrede

über die "Zwölf Beziehungen" (siehe C.a., 1995/10, S.919-922) ist nun ein weiterer Redetext in der *Volkszeitung* (RMRB, 17.1.96) veröffentlicht worden, der die brisante Frage der innerparteilichen Disziplin und ideologischen Prinzipienfestigkeit zum Thema hat: "Führungskader müssen unbedingt Gewicht auf die Politik legen".

Jiang nimmt in seiner Rede mehrfach Bezug auf frühe Warnungen Deng Xiaopings, daß sich als Ergebnis der Reform- und Öffnungspolitik das "Antlitz" (*mianmao*) der Partei verwandeln könne, wenn man nicht an unverrückbaren politischen Prinzipien festhalte und der Korruption nicht entschieden entgegentrete.

Die Spitzenkader der Partei trügen die größte Verantwortung für die effektive Bekämpfung der Korruption. Jiang Zemin nennt ProvinzparteiSekretäre, Provinzgouverneure, Minister sowie die Mitglieder des Zentralkomitees und des Politbüros. Die Reihenfolge ist bemerkenswert, denn die problematischsten Fälle werden zuerst genannt. Diese Kader müßten mit ihrem Beispiel Maßstäbe für eine saubere politische Führung setzen:

- "Einige Dinge, die die Massen tun dürfen, dürfen wir Führungskader nicht tun. Nachtclubs und Luxustanzbars wie auch andere Vergnügungsstätten beispielsweise sollten nach meiner Auffassung von Führungskadern nicht besucht werden."
- "Es gibt derzeit Fälle von Führungskadern, die nach einer Beförderung und dem damit verbundenen Zuwachs an Macht die Anforderungen an sich selbst lockern. Wenn die Macht groß ist, nimmt die Zahl derjenigen, die [einem solchen Kader gegenüber] eine direkte Kontrolle ausüben, ab. Zugleich aber nimmt die Zahl derjenigen, die ihn benutzen wollen und ihm schmeicheln, zu." Dies könne zu großen Schwierigkeiten führen, wenn die innerparteiliche Kontrolle und Disziplin nicht gestärkt werde.

Politische Prinzipientreue sei unabdingbar, auch wenn die wirtschaftliche Entwicklung die Hauptaufgabe des Modernisierungsprogramms darstelle. Die Notwendigkeit politischer Disziplin begründet Jiang in seiner Rede letztlich aber mit äußeren Gefahren, nicht mit sozialistischen Prinzipien. Indem Jiang vor den Bedrohungen aus dem Westen

und aus Taiwan warnt, appelliert er an das patriotische Pflichtgefühl der führenden Parteivertreter:

- "Feindliche Kräfte im Westen wollen uns 'verwestlichen' und 'zersetzen'. Sie wollen uns ihre 'Demokratie' und ihre 'Freiheit' aufzwingen. Li Denghui will die 'Unabhängigkeit Taiwans' betreiben. Können wir es uns unter diesen Umständen leisten, kein Gewicht auf die Politik zu legen? Können wir es uns leisten, nicht wachsam zu sein und nicht den politischen Kampf aufzunehmen?"

Diese scharfen Aussagen sollten im Westen und in Taiwan sehr ernst genommen werden: Die chinesische Führung fühlt sich von "feindlichen Kräften" umgeben und nutzt die mit diesem Bedrohungsgefühl verbundenen Ängste zur inneren Mobilisierung. Eine solche Konstellation kann den Nährboden für schwere internationale Konflikte bereiten. -hei-

*(9)

"Die Medien müssen unter der Kontrolle der Partei bleiben" -Machtzuwachs für den KP-Propagandaapparat

Vom 22. bis zum 26. Januar fand in Beijing eine Nationale Konferenz von Direktoren der Propagandaabteilungen der Kommunistischen Partei statt. Die Parteiführung mißt der Kontrolle über die Medien, die den KP-Propagandaabteilungen obliegt, eine Schlüsselbedeutung zu und hat sich nun offensichtlich zu einer strafferen Aufsicht und organisatorischen Disziplinierung entschlossen.

KP-Generalsekretär Jiang Zemin, Ministerpräsident Li Peng und der Leiter der Propaganda-Führungsgruppe unter dem Politbüro, Ding Guan'gen, kündigten auf der Konferenz offiziell an, daß die nächste Plenartagung des KP-Zentralkomitees sich speziell mit Fragen von Ideologie, Moral und Propaganda befassen werde. Die Plenartagungen der letzten Jahre hatten diesen Bereich eher stiefmütterlich behandelt und sich im wesentlichen wirtschaftlichen Fragen (so die Plenartagungen von 1993 und 1995) und parteiorganisatorischen Erfordernissen (so das ZK-Plenum von 1994) zugewandt.

Auf der Konferenz wurden Richtlinien für die Propaganda- und Ideologearbeit der Partei für die nächsten fünf Jahre diskutiert. Neben den üblichen, wenig

konkreten Beschwörungen der "Theorie Deng Xiaopings über den Sozialismus chinesischer Prägung" und Ermahnungen zur Förderung sozialistischer Tugenden sowie der wirtschaftlichen Entwicklung wurde hervorgehoben, daß es eine vorrangige Aufgabe der Parteipropaganda und der Medien sei, landesweit einen hohen Grad an Übereinstimmung mit der um Jiang Zemin gebildeten Parteizentrale sicherzustellen. Die "korrekte Orientierung von Journalismus und Propaganda" müsse durch eine "wirksamere Kontrolle" über Medien und Verlage garantiert werden. (Xinhua, 28.1.96)

Jiang Zemin hob hervor, daß es eine Hauptaufgabe der Propagandaabteilungen sei, Zeitungen, Zeitschriften, Nachrichtenagenturen, Rundfunk und Fernsehen dabei zu "helfen", eine "korrekte" Ausrichtung ihrer Arbeit beizubehalten: "Die Medien müssen strikt unter der Kontrolle der Partei bleiben". Unterstützung der Reformpolitik und Wahrung der Stabilität stellten die verbindlichen Kriterien für die Arbeit der Medien dar. Die Aufsicht über die Entwicklung des Medienmarktes müsse verbessert werden, um zu verhindern, daß "kultureller Abfall" die Menschen und die Gesellschaft "vergifte": "Wir dürfen nicht Kultur und Ideologie für eine kurze Periode wirtschaftlicher Entwicklung opfern".

Li Peng machte als Regierungschef deutlich, daß die Aufsicht über die Medien nicht allein Sache von Parteiorganen sei: Regierungsstellen müßten auf allen Verwaltungsebenen die ideologische Arbeit und Medienaufsicht unterstützen; auch durch Zuweisung von Haushaltsmitteln. (Xinhua, 24.1.96, nach SWB, 26.1.96)

Offenkundig sehen die KP-Propagandaabteilungen die ihnen aus den Staatshaushalten zugewiesenen Mittel als unzureichend an. Der Propaganda- und Aufsichtsapparat hatte in den letzten Jahren mit dem stürmischen Wachstum des Medienmarktes in China nicht Schritt halten können. Dies soll sich nun durch konkrete organisatorische Maßnahmen ändern:

- Direktoren, Chefredakteure und stellvertretende Chefredakteure im Verlagswesen werden in Zukunft vor Amtsantritt eine Schulung durchlaufen und ein offizielles Beglaubigungsschreiben von der Staatlichen Presse- und Publikationsverwaltung (d.i. ein Verwaltungsarm der KP-Propagandaabteilungen) erhalten müssen. (XNA, 15.1.96)

- Die Stellung der Parteikomitees/ParteiSekretäre gegenüber Verlags-/Rundfunkleitern und Chefredakteuren soll gestärkt werden. Im Gegensatz zum geltenden Unternehmensrecht, das die Einflußmöglichkeiten der Parteikomitees auf die Betriebsleitungen einschränkt, wird die aktive, gleichberechtigte Rolle der Parteior-gane im Medienbereich damit gefestigt. Live-Sendungen in Rundfunk und Fernsehen (die wachsende Zahl der beliebten "Hotline"-Sendungen und die Zunahme kritischer Hörerbeiträge sind den Aufsichtsbehörden ein Dorn im Auge) und die Endredaktion bei Zeitungen/Zeitschriften sollen grundsätzlich von Mitgliedern der Kommunistischen Partei betreut werden. Offenbar wird auch daran gearbeitet, "Live"-Mitschnitte erst mit mehrminütiger Verzögerung auszustrahlen, um eine Möglichkeit zur kurzfristigen Zensur sicherzustellen. (Mingbao, 11.1.96, nach SWB, 17.1.96)

Die angekündigten organisatorischen Maßnahmen passen ins Gesamtbild der letzten beiden Jahre: Die Kommunistische Partei bemüht sich nicht ohne Erfolg um eine Straffung der Kontrollstrukturen in sensiblen Bereichen des Herrschaftssystems. Daß der überaus dynamisch wachsende Medienmarkt von diesen Anstrengungen nicht unberührt bleiben würde, war anzunehmen.

Da die nächste Plenartagung des KP-Zentralkomitees sich speziell mit Fragen der Ideologie und Propaganda befassen soll, wird die Medienkontrolle 1996 zu einem Schwerpunkt der Parteiarbeit werden. Der Propagandaapparat, der in den letzten Jahren im Vergleich etwa zum Organisations- und Disziplinarwesen innerhalb der Partei an Boden verloren hatte, könnte damit wieder erheblich an politischem Gewicht gewinnen. -hei-

*(10)

Maßnahmen gegen die Korruption: Erfolgsmeldungen und Ankündigungen

Die Disziplinarorgane von Partei und Staat haben eine insgesamt positive Bilanz ihres Kampfes gegen die Korruption gezogen, wenn auch eingeräumt wurde, daß man das Problem noch nicht im Griff habe und daß Widerstände gegen korruptionsbezogene Ermittlungen in bestimmten Verwaltungszweigen und Regionen immer noch stark seien. Die Zentrale Disziplinarkontrollkommission

der Kommunistischen Partei hielt vom 24. bis zum 27. Januar ihre sechste Plenartagung ab. Fast alle Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros waren anwesend und verliehen der Konferenz dadurch ein großes politisches Gewicht. (Xinhua, 17.1.96; XNA, 25./27.1.96; SCMP, 12.1.96; BJRS, 1/1996, S.24-28)

Zu Arbeit der Disziplinarbehörden im vergangenen Jahr wurden folgende Angaben gemacht:

- Zwischen September 1993 und Juni 1995 seien rund 238.000 Parteimitglieder (das sind 0,43% der heutigen Gesamtmitgliedschaft) wegen Disziplinarvergehen parteiintern zur Verantwortung gezogen worden.

- Darunter hätten sich 35 Funktionäre im Ministerrang befunden (zu dieser Führungsebene gehören nach dem Kadersystem auch ProvinzparteiSekretäre und -gouverneure).

- In der ersten Hälfte des Jahres 1995 handelte es sich bei 44,3% der Disziplinarvergehen von Parteimitgliedern um Bestechlichkeit im Amt oder um Veruntreuung öffentlicher Mittel. Dieser Anteil sei gegenüber 1994 leicht gestiegen.

- Bemerkenswert sei die steigende Zahl von namentlich gezeichneten und detaillierten Anzeigen im Zusammenhang mit Korruptionsdelikten. Diese Hinweise aus der Öffentlichkeit bildeten in 80% der Fälle den Ausgangspunkt für die Ermittlungen der Disziplinarorgane. In den ersten elf Monaten des Jahres 1995 seien insgesamt rund 205.000 Hinweise auf Korruptionsvergehen von Führungskadern aus der Bevölkerung bei den Disziplinarorganen eingegangen, eine Erhöhung um 5% gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

- Die Disziplinarorgane hätten im vergangenen Jahr wichtige Erfahrungen mit Ermittlungen im komplizierten Bereich der Finanzkriminalität und des Insider-Handels an den Börsen gemacht. Man habe die Aufsicht über die Börsengeschäfte verstärkt, um zu verhindern, daß sich Funktionäre durch Insider-Geschäfte bereicherten.

Die Disziplinarkontrollkommission der Partei und das Ministerium für Behördenaufsicht gaben darüber hinaus folgende Maßnahmen für das laufende Jahr bekannt:

- Die Stellung der Disziplinarkontrollkommissionen innerhalb der Parteihierarchie soll gestärkt werden: Falls die Disziplinarkontrollkommission Verstöße gegen die Parteidisziplin in Parteikomitees der gleichen Verwaltungsebene entdeckt, ist sie berechtigt, ohne Konsultation mit dem Parteikomitee direkt Meldung an die Disziplinarkontrollkommission der nächsthöheren Ebene zu machen.

- Darüber hinaus müssen die Erkenntnisse der Disziplinarkontrollkommissionen bei der Ernennung oder Versetzung von Funktionären durch die Organisationsabteilungen der Partei berücksichtigt werden. Parteikomitees und Regierungen sind dazu aufgerufen, die Disziplinarorgane in ihren Ermittlungen nachdrücklich zu unterstützen.

- Zur Regulierung und Vereinheitlichung des Disziplinarwesens soll in diesem Jahr eine Reihe von Gesetzen zur Eindämmung der Korruption in der öffentlichen Verwaltung und zur Offenlegung der Einkommen von Beamten und Funktionären verabschiedet werden.

- Spitzenfunktionäre sollen im Rahmen eines persönlichen "Verantwortlichkeitssystems" dazu verpflichtet werden, die Korruptionsfreiheit der ihnen unterstellten Abteilungen zu gewährleisten und irreguläre Geschäftsaktivitäten in ihrer engeren Verwandtschaft zu unterbinden.

- Schwerpunktaufgaben der Disziplinaraufsicht in diesem Jahr bestünden darin, durch verstärkte Kontrollen die Belastung der Bauern aufgrund irregulärer lokaler Abgaben zu mindern, die Haushaltsdisziplin und Steuerabführung regionaler Regierungen zu überwachen, willkürliche administrative Eingriffe gegenüber Unternehmen zu unterbinden und die Unregelmäßigkeiten im Immobilien- und Bausektor zu bekämpfen. Zu diesem Zwecke ist geplant, in größerer Zahl hochrangige Untersuchungsgruppen von Beijing aus in die Provinzen zu entsenden. -hei-

*(11)

Politischer Rückhalt für die Arbeit der Rechnungshöfe

Auf einer Nationalen Konferenz der Rechnungsprüfungsbehörden Anfang Januar haben Ministerpräsident Li Peng und der Präsident des Staatlichen

Rechnungsprüfungsamts, Guo Zhenqian, zu einer Verstärkung der Finanzkontrolle gegenüber Behörden, Staatsbetrieben und Sozialversicherungsfonds aufgerufen. Nach Inkrafttreten des Rechnungsprüfungsgesetzes 1995 habe die Arbeit der Rechnungsprüfungsbehörden an Gewicht und Effektivität gewonnen: Die Rechnungsprüfer hätten dem Staat allein im letzten Jahr rund 15 Mrd. Yuan RMB an Verlusten erspart.

Li Peng führte aus, daß die Zentralregierung in diesem Jahr zu einer Straffung der Haushaltsdisziplin und zu einer schärferen Gangart gegenüber Wirtschaftsverbrechen entschlossen sei. In diesem Zusammenhang käme den Rechnungsprüfungsbehörden die Aufgabe zu, den Umgang mit dem Staatsvermögen in umfassender Weise zu überwachen. Unregelmäßigkeiten in der Arbeit der Rechnungsprüfer müßten abgestellt, detaillierte Regeln für die Prüfungstätigkeit aufgestellt werden. (XNA, 6.1.96)

Guo Zhenqian wies nachdrücklich darauf hin, daß auch außeretatmäßige Gelder (Abgaben und Gebühren, die staatliche Behörden und Institutionen mehr oder weniger legal erheben, die aber nicht im Staatshaushalt aufgeführt werden) und Versicherungsfonds für Rentner und Arbeitslose in die Rechnungsprüfung einbezogen werden müßten. Solche außerbudgetären Mittel verzeichneten in den letzten Jahren einen jährlichen Zuwachs von mehr als 30%, die Gesamtsumme belaufe sich auf ungefähr 200 Mrd. Yuan RMB. Diese bislang ungenügend überwachten Mittel seien "ein fruchtbarer Nährboden für Finanzkriminalität und Korruption". Den Rechnungsprüfungsbehörden komme deshalb beim Aufbau des staatlichen Sozialversicherungssystems (Versicherungsfonds für Renten und Arbeitslosigkeit) eine besondere Rolle zu; die korrekte Verwendung dieser Mittel und ein stabiler Wertzuwachs der Fonds seien zu gewährleisten. (BJRS, 4/1996, S.6)

Die Rechnungsprüfungsbehörden haben nach offiziellen Angaben 1995 (Januar bis November) landesweit 118.000 staatliche und parastaatliche Institutionen überprüft und dabei 63,5 Mrd. Yuan RMB illegal erhobener oder verwendeter Gelder ermittelt. 15,3 Mrd. Yuan RMB konnten dank dieser Erfolge in die Staatshaushalte zurückgeführt werden, eine Steigerung von 47% gegenüber 1994. -hei-

*(12)

Falsche Polizisten: Jeder dritte Uniformträger in Dalian ist gar kein Polizist

Die vom Polizeiministerium (Ministerium für Öffentliche Sicherheit) herausgegebenen *Nachrichten zur öffentlichen Sicherheit* haben kürzlich über einen spektakulären Fall von Polizeikorruption in der nordostchinesischen Küstenstadt Dalian berichtet. Dalian ist eines der erfolgreichsten Wirtschaftszentren Nordchinas, was ganz wesentlich japanischen und südkoreanischen Investitionen zu verdanken ist, die in die Bohai-Region fließen. Ähnlich wie in der Sonderwirtschaftszone Shenzhen scheint die wirtschaftliche Dynamik aber mit einer starken Zunahme der Korruption einherzugehen.

Korruption im Sicherheitsapparat und in der Armee wird in den chinesischen Medien gewöhnlich weniger häufig offengelegt als vergleichbare Vergehen in der Wirtschaftsverwaltung. Die *Nachrichten zur öffentlichen Sicherheit* haben diese Regel nun aber durchbrochen. (Siehe SCMP, 22.1.96)

Der Polizeipräsident Dalians, der zugleich zur städtischen Parteiführung gehört, gestand gegenüber der Zeitung des Polizeiministeriums ein, daß "viele" seiner Aufsicht unterstehende Polizeiwachen in Dalian jahrelang einen schwunghaften Handel mit Polizeiformen, -ausweisen, -plaketten und sonstiger Ausstattung betrieben haben. Dies habe zu einer Welle von Betrugsfällen und Verbrechen geführt, die von falschen Polizisten im Stadtgebiet begangen wurden. Die Bevölkerung sei "schockiert und zornig" gewesen, als bekannt wurde, daß über mehrere Jahre hinweg jeder dritte Polizist auf Dalians Straßen ein Betrüger gewesen sei.

Die städtische Polizeiführung hat offenbar erst vor kurzem mit ihrer achten (!) Untersuchungs- und Disziplinierungskampagne die Mißstände einigermaßen in den Griff bekommen: Sondereinheiten nahmen insgesamt mehr als 5.000 Personen fest, die als falsche Polizisten ihr Unwesen trieben, willkürlich Strafmandate verhängten, illegale Gebührenzahlungen forderten, sich Schmiergelder zahlen ließen und andere Vergehen begingen. Der illegale Besitz von Polizeiuniformen und -papieren wurde von der Zeitung als "chronisches gesellschaftliches Übel" bezeichnet, das in ganz China zu finden sei.

Über die Bestrafung der in diese Geschäfte verwickelten Polizisten und Betrüger wurden keine genauen Angaben gemacht. Aufgrund bisheriger Erfahrungen mit der unwirksamen Korruptionsbekämpfung im Polizeiapparat ist nicht anzunehmen, daß es zu harten Strafen und Disziplinierungsmaßnahmen kommen wird. -hei-

*(13)

Der Kampf gegen Drogenkonsum und Drogenhandel

Nach Angaben der Staatlichen Drogenkontrollkommission hat die VR China in den vergangenen fünf Jahren Erfolge bei der Bekämpfung der Drogenverbreitung erzielen können (Xinhua, 11.1.96; BJRS, 4/1996, S.7-8):

- Zwischen 1991 und 1995 seien 189.000 in Drogenvergehen verwickelte Personen gefaßt worden. Insgesamt seien 15,8 t Heroin, 12,7 t Opium und mehrere Tonnen Marihuana sowie chemische Drogen beschlagnahmt worden.
- 180.000 Drogenabhängige seien zur Zwangsrehabilitation, 100.000 andere zur "Besserung durch Arbeit" (d.i. eine bis zu dreijährige, administrativ verfügte Zwangsarbeit) eingewiesen worden. Insgesamt gebe es in China zur Zeit 380.000 registrierte Drogenabhängige.
- Zwischen 1991 und 1994 seien darüber hinaus 5.349 Drogenhändler und -produzenten zum Tode oder zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden.

Im Dezember 1991 hatte der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses einen Beschluß über den entschlossenen Kampf gegen die Drogenkriminalität verabschiedet. In diesem Zusammenhang wurde auch die Staatliche Drogenkontrollkommission eingerichtet, die zu den ressortübergreifenden, nicht-ständigen Führungsorganen unter dem Staatsrat gehört und von Polizeiminister Tao Siju geleitet wird.

In den letzten fünf Jahren hat die Beijinger Regierung sich zur internationalen Kooperation in der Bekämpfung von Drogenproduktion, -handel und -konsum bekannt und die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und mehreren südostasiatischen Staaten (aus dem dortigen "Goldenen Dreieck" stammt

der größte Teil der Weltheroinproduktion) durch mehrseitige Vereinbarungen gestärkt.

Drogenhandel und Drogenkonsum sowie Folgeprobleme wie AIDS-Infektionen haben in einigen südwestchinesischen Provinzen (besonders in Yunnan) in den letzten Jahren besorgniserregende und sozial bedrohliche Ausmaße angenommen. Die Zentralregierung bemüht sich nun in Abstimmung mit den betroffenen Provinzbehörden, der grassierenden Drogenkriminalität durch drakonische Polizeimaßnahmen, Hinrichtungsserien und durch Aufklärungskampagnen Herr zu werden. Mehrere ländliche Hochburgen des organisierten Drogenhandels in Yunnan sind inzwischen durch auswärtige Einheiten der Bewaffneten Volkspolizei unter militärischer Leitung zerschlagen worden.
-hei-

Kultur und Gesellschaft

*(14)

Sozialwissenschaftliche Forschung

Für die sozialwissenschaftliche Forschung Chinas während der Jahre 1996-2000 (9. Planperiode) sind jetzt die Weichen gestellt worden. Obwohl über die Projekte im einzelnen keine Informationen vorliegen, lassen sich aus den offiziellen Verlautbarungen doch einige Tendenzen ablesen. So scheint die Partei wieder stärkeren Einfluß auf die sozialwissenschaftliche Forschung zu nehmen. Ihre Einflußnahme hat sie zwar nie aufgegeben, aber sie fühlt sich gegenwärtig herausgefordert. Der Grund liegt darin, daß in der sozialwissenschaftlichen Forschung, die immer als Hüterin marxistischer Methodik galt, zunehmend auch andere Methoden geduldet wurden, was zu einer gewissen Methodenvielfalt führte. Das Unbehagen der Partei brachte kürzlich Wang Renzhi, Vizepräsident der Akademie der Sozialwissenschaften, auf der jährlichen Arbeitstagung der Akademie zum Ausdruck, auf der er erklärte, die grundlegenden Theorien des Marxismus würden durch vielerlei Faktoren herausgefordert; er appellierte an die Sozialwissenschaftler, sich in ihrer Forschung stärker auf die marxistische Lehre zu stützen. Auf der Tagung wurde der Entwurf für den Forschungsplan der Akademie der Sozialwissenschaften für die Jahre 1996-2000 vorgelegt. Dar-

in ist vorgesehen, die marxistische Forschung dadurch zu stärken, daß eine Gruppe jüngerer Wissenschaftler (die Rede ist von 300), die die Grundtheorien des Marxismus beherrschen, besonders gefördert werden soll. Dem Forschungsplan zufolge soll sich die Akademie wieder zu einer Hochburg des Marxismus entwickeln. (XNA, 16.1.96; SCMP, 17.1.96)

Allgemein erging an die Sozialwissenschaftler der Aufruf, sich vom Marxismus-Leninismus, dem Mao-Zedong-Denken und Deng Xiaopings Theorie vom Sozialismus chinesischer Prägung leiten zu lassen, an der Anleitung durch die Partei festzuhalten und sich den wichtigen Fragen zu widmen, die sich in den kommenden Jahren im Zuge der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung ergeben werden. Ihre Projekte sollen der wirtschaftlichen Entwicklung und dem gesellschaftlichen Fortschritt dienen, sie sollen praxisnah sein, doch soll auch die Grundlagenforschung nicht vernachlässigt werden - ähnlich wie in der naturwissenschaftlichen Forschung. (Vgl. GMRB, 5.1.96)

Im übrigen soll die sozialwissenschaftliche Forschung offensichtlich aufgewertet und ihre Bedeutung wieder stärker herausgestellt werden. Seit Beginn der Reformpolitik mit ihrem Schwerpunkt auf der wirtschaftlichen Entwicklung sind einseitig die Natur- und technischen Wissenschaften betont worden, während die Sozialwissenschaften mehr oder weniger ein Schattendasein fristen und unter Personalabbau und Geldmangel leiden. Zwar dürfte sich an den materiellen Einschränkungen auch in den kommenden Jahren wenig ändern, aber zumindest ideell erfahren sie eine Aufwertung. So wird in einem Grundsatzartikel über die Entwicklung der Sozialwissenschaften (vgl. GMRB, 20.1.96, S.8) Jiang Zemin mit folgenden Worten zitiert: "Wissenschaft umfaßt selbstverständlich die Sozialwissenschaft. Naturwissenschaft ist die Wissenschaft von der Erkenntnis und Umgestaltung der Natur durch die Menschheit, Sozialwissenschaft die Wissenschaft von der Erkenntnis und Umgestaltung der Gesellschaft und vom Fördern des gesellschaftlichen Fortschritts durch die Menschheit." Beide sind also gleich wichtig, im Grunde, so legt der Artikel nahe, sind die Sozialwissenschaften sogar noch wichtiger; denn über die Vermittlung von Erkenntnis und Fähigkeiten, die sowohl Sache der Natur- als auch der Sozialwissenschaften sei, hätten letztere noch weitaus mehr Aufgaben, nämlich die Anschauungen zu ver-

ändern, richtige Lebensauffassung, Wertvorstellungen und Weltanschauung zu etablieren sowie den Arbeitsaktivismus, das Verantwortungsgefühl und die Schöpferkraft der Werktätigen zu steigern. Doch nicht nur die ideologische Domäne obliegt den Sozialwissenschaften, sie sind auch für mittelbar der Wirtschaft dienliche Bereiche zuständig. Als Beispiel wird in diesem Zusammenhang angeführt, daß die Arbeitsproduktivität nicht nur von den Arbeitsbedingungen und dem technischen Niveau abhängt, sondern auch vom Management, und dieses wiederum berühre verschiedene sozialwissenschaftliche Disziplinen wie Wirtschaftswissenschaft, Soziologie, Psychologie, Systemtheorie, Informatik, Kybernetik usw.

Daneben werden den Sozialwissenschaften in dem Artikel zwei weitere wichtige Aufgaben zugewiesen, nämlich zum einen die Verbreitung der Theorie vom Aufbau eines Sozialismus chinesischer Prägung, zum anderen die Förderung von Reform, Entwicklung und Stabilität. Auch bezüglich dieser beiden Aufgaben wird die Doppelfunktion der Sozialwissenschaften deutlich: Auf der einen Seite sollen sie die Ideologie festigen, auf der anderen Seite sollen sie der Wirtschaft und allgemein der Modernisierung dienen, also letztlich der Politik. Sie sollen sich aktuellen Problemen und Brennpunkten der Gesellschaft widmen, kurzum, sie sollen praxisrelevant sein. Indirekt wird Kritik an traditioneller Geisteswissenschaft geübt, wenn es heißt, man müsse von der Vorstellung Abschied nehmen, sozialwissenschaftliche Forschung befasse sich nur mit der Exegese der Klassiker und der Erforschung der Geschichte. Gerade diese beiden Betätigungsfelder haben sich in den vergangenen Jahren sehr stark ausgeweitet und sind für viele Wissenschaftler zu einer Art Refugium ohne nennenswerte ideologische Zwänge geworden. Von Parteiseite (und zweifellos auch von seiten der orthodox-marxistischen Führung der Akademie der Sozialwissenschaften) wird diese Art von Forschung mißbilligt; die Befassung mit den konfuzianischen Klassikern beispielsweise wird nur insoweit gutgeheißen, als diese für die Gegenwart nutzbar gemacht werden.

Gegenwärtig scheint der Freiraum für die Sozialwissenschaftler zugunsten stärkerer ideologischer Ausrichtung weiter eingengt zu werden. Die Richtlinien für Forschungsanträge im Bereich der Sozialwissenschaften beispielsweise lassen keine Lockerung erkennen. Den